

## **8. Landesparteitag der PDS Thüringen**

**1. Tagung, Suhl, 27./28. 11. 2004**

### **Erklärung des Landesparteitages zum bevorstehenden 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus**

*(einstimmig beschlossen)*

Am 8. Mai 2005 wird sich zum sechzigsten mal der Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus jähren. Für die PDS Thüringen verbinden sich damit erneut intensives Gedenken an die Millionen Opfer des Nazi-Regimes und des von ihm entfesselten zweiten Weltkrieges sowie die Erinnerung an alle Beteiligten des antifaschistischen Widerstandes. Nach wie vor gilt die Verpflichtung aus dem Schwur der Überlebenden von Buchenwald: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung! Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel!“

Vor dem Hintergrund der heftigen Debatten über die Bedeutung des 8. Mai 1945 begrüßen wir es, dass in den letzten Monaten und Jahren dieser Tag überwiegend als Tag der Befreiung der europäischen Völker und auch der Deutschen betrachtet wird. Ebenso begrüßen wir, dass sich die Bundesrepublik gegenüber allen ihren europäischen Nachbarn ausdrücklich zur Verantwortung für die Verbrechen des Naziregimes und des zweiten Weltkrieges bekannt hat. Gerade dieses Bekenntnis verpflichtet Deutschland nach unserer Ansicht jedoch, zum Konsens der beiden deutschen Nachkriegsstaaten, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf, zurückzukehren. Dies schließt den Verzicht auf Auslandseinsätze der Bundeswehr ein.

Im Zusammenhang mit den wachsenden rechtsextremistischen Strukturen in der Gesellschaft und den zunehmenden Stimmenanteilen rechtsextremistischer Parteien bei den letzten Landtagswahlen warnen wir davor, an die Stelle der Auseinandersetzung über die Ursachen und Folgen des Nazi-Regimes eine Sichtweise zu setzen, derzufolge sich die Deutschen vorwiegend in einer Opferrolle befunden hätten. Das persönliche Leid der zu Flucht und Vertreibung Gezwungenen darf nicht das Gedenken an die Opfer des von Deutschen verursachten Vernichtungskrieges überdecken.

Wir wenden uns zugleich gegen alle Versuche, den 8. Mai 1945 dahingehend zu interpretieren, wonach nur der Westen Deutschlands von den westlichen Demokratien tatsächlich befreit wurde, während im Osten lediglich die Form der Diktatur gewechselt hätte. Ebenso verbietet sich eine Gleichsetzung der „zwei“ Diktaturen, da so die Verbrechen des NS-Regimes relativiert werden.

Wir kritisieren auch weiterhin, dass einige Teile des Widerstandes überhöht, andere dagegen - insbesondere der kommunistische Widerstand - diskreditiert oder wie im Fall der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald, geleugnet werden. In kritischer Auseinandersetzung auch mit dem Antifaschismus der DDR haben wir für uns die Konsequenz gezogen, dass keine Form des Antifaschismus ausgegrenzt oder für die eigenen politischen Zwecke instrumentalisiert werden darf. Wer dies praktiziert, raubt dem Antifaschismus seine demokratische Substanz und schmälert unweigerlich seine dringend notwendige gesellschaftliche Breite.

60 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus brauchen wir jedoch mehr denn je eine Stärkung der Zivilgesellschaft und der Demokratie. Deshalb wiederholen wir unsere Forderung, Antifaschismus als Staatsziel in der Thüringer Landesverfassung zu verankern.

